



Kreis-SPD nominiert Richter-Plettenberg

Bürgermeister von Amöneburg will Landrat Fischbach beerben.

Seite 9

Kehtwende in der Altenpolitik

Oberbürgermeister Egon Vaupel stellt ein neues Konzept für ein Heim mit 50 bis 60 Plätzen vor.

Seite 4

Noch mehr Geld für Parkplätze?

Beteiligen Sie sich an unserer Umfrage: Sollen die Parkplätze in Marburg teurer werden?

Die Umfrage auf www.op-marburg.de

Ein Register für alle Waffen

Zentrale Datei soll mehr Sicherheit gewährleisten.

Seite 13

Dienstag, 20. November 2012

www.op-marburg.de

146. Jahrgang, Nr. 271 - G 5419 - Einzelpreis Euro 1,60

Guten Morgen!

Eintracht-Kicker Sebastian Rode ist neuer Botschafter des hessischen Landespräventionsrates. So weit, so gut. Der Profi-Fußballer des Bundesligisten Eintracht Frankfurt will in Schulen für einen gewaltfreien und respektvollen Umgang werben. Sehr gut. Hessens Justizminister Jörg-Uwe Hahn betonte den direkten Kontakt des Fußballers zu Jugendlichen: „Theoretische Arbeit reicht nicht aus.“ Sehr richtig! Zum Gespräch in Wiesbaden erschien der neue Anti-Gewalt-Botschafter dann allerdings mit blauem Auge. Aber Entwarnung: Keine Prügelei, nur ein verlorenes Kopfballduell.

TAGESSCHAU

DIE WELT

Obama in Birma

Mit seinem Besuch in Rangun hat US-Präsident Barack Obama Birma zum Festhalten am Reformkurs angespornt. **Seite 14**

VERMISCHTES

Rückkehr der Wildkatze

Die seltenen und scheuen Tiere breiten sich in Deutschland wieder aus. **Seite 28**

BÖRSE

DAX
7 123,84 (+173,31)
DOW JONES
12 795,96 (+207,65)
EURO
1,2762 (+0,0017) **Seite 24**

SPÄTMELDUNG ++21.44++

Einbruch bei Wolfgang Schäuble

Berlin. In die Wohnung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in Berlin ist eingebrochen worden. Das für Personenschutz zuständige Bundeskriminalamt bestätigte gestern Abend den Vorfall von Anfang November, wollte aber keine Details nennen. Schäuble sei zu dem Zeitpunkt nicht zu Hause gewesen. Es seien persönliche Gegenstände gestohlen worden.

WETTER



Seite 29



Aboservice: 08 00 / 3 40 94 11*

Anzeigen: 08 00 / 3 40 94 09*

*Gebührenfrei aus dem dt. Festnetz und dem dt. Mobilfunknetz.



Studierende machen Senat zu Protestbühne

Marburg. Friedlich, aber laut protestierten rund 100 Marburger Studierende gestern zu Beginn einer Sitzung des Marburger Uni-Senats für bessere Studienbedingungen (Foto: Nadine Weigel). Mit Hilfe eines Megaphons machten sie lautstark auf ihren von überfüllten Seminaren bestimmten Studienalltag

aufmerksam. Uni-Präsidentin Professorin Katharina Krause will sich um die Probleme kümmern und bot den Studierenden ein Gespräch an. Allerdings forderte sie von den Protestierenden ein, die Missstände ganz konkret zu benennen.

Unterstützt wurde der Protest vom Allgemeinen Studierenden-

ausschuss (Asta). Mechthild Siegel, Asta-Referentin für Hochschulpolitik, meint: „Wir haben es nicht nur im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie mit drastisch steigenden Studierendenzahlen zu tun, bei einer gleichzeitig immer bedrohlicher werdenden Unterfinanzierung.“ **Seite 3**

Auch bei Eon steigen die Strompreise zum 1. Januar

Marburg. Zum 1. Januar 2013 erhöht neben den Stadtwerken Marburg auch der zweite große Anbieter für die Region, Eon Mitte, die Strompreise. Wie der Energieriese gestern mitteilte, bedeutet das für einen Drei-Personen-Haushalt mit einem durchschnittlichen Verbrauch (3 000 kWh pro Jahr) monatliche Mehrkosten von 6,50 Euro, teilte Sprecher Edgar Schroeen mit. Das entspricht einer Teuerung in Höhe von 9, 4 Pro-

zent. Eon begründete die Erhöhung wie andere Stromversorger auch mit höheren „staatlich veranlassten Kosten“. Gemeint ist vor allem die höhere Ökostromabgabe.

Der Eon-Sprecher teilte mit, dass die Preise für Eon-Kunden weniger stark ansteigen als im Bundesdurchschnitt. Die aktuellen Gaspreise für Privatkunden bleiben nach Angaben des Sprechers über die kommende Heizperiode stabil. **Seite 23**

Zwei neue Bundeswehreinheiten

Türkei fordert Abwehrraketen · Ausbildung in Mali

Berlin. Der Bosnien-Einsatz der Bundeswehr wurde gerade beendet, der Abzug aus Afghanistan läuft auf Hochtouren. Jetzt kommen zwei neue Missionen auf die Tuppe zu.

Militärausbilder nach Mali, Raketenabwehr-Staffeln in die Türkei: Die Bundeswehr wird wahrscheinlich in den nächsten Wochen in zwei weitere Auslandseinsätze geschickt. Die EU-Außenminister erklär-

ten sich gestern bereit, der Regierung des westafrikanischen Wüstenstaats Mali mit Militärausbildern zu helfen, die Kontrolle über den von Islamisten beherrschten Norden des Landes zurückzugewinnen.

Gleichzeitig bereitet sich die Bundesregierung auf die Entsendung des Raketenabwehrsystems „Patriot“ mit wahrscheinlich mehr als 170 deutschen Soldaten an die türkisch-

syrische Grenze vor. Opposition und FDP forderten eine Entscheidung des Bundestags darüber. Die Union zeigte sich in dieser Frage uneins. Mali ist seit einem Militärputsch im März gespalten. Im Norden beherrschen Islamisten und Tuareg-Rebellen zwei Drittel des Staatsgebiets. Mit EU-Ausbildern soll die malische Armee dort wieder die Oberhand gewinnen. **Seite 15**

Test für Digitalfunk startet

2013 werden im Landkreis 2200 Feuerwehrleute weitergebildet



von Götz Schaub

Marburg. Der Netzausbau für die Einführung des Digitalfunks in Hessen geht ab Januar 2013 in die Testphase. Aktuell kann 70 Prozent der Landesfläche genutzt werden. Zur 100-prozentigen Versorgung war der Aufbau von 400 Funkmasten in Hessen notwendig. Im Landkreis Marburg-Biedenkopf sind es 22 Stationen, die für ein sicheres Kommunikationsnetz für alle Rettungskräfte sorgen sollen. Zehn sind betriebsbereit, sieben weitere stehen. Die Standorte werden aus Sicherheitsgründen nicht genannt, heißt es aus dem Hessischen Innenministerium. Kritiker der Funktechnik sagen, dass aufgrund der geringeren Reichweite gegenüber dem analogen Funk Anlagen auch in Orten stehen müssen. **Seite 11**

Der neue Digitalfunk blendet Nebengeräusche im Einsatz aus. Somit werden Mitteilungen besser verstanden. Foto: Thorsten Richter

Die Alternative zum Öl und Gas
Kamin- und Specksteinöfen schon ab **490,- €**

Bei der Anfertigung können individuelle Wünsche berücksichtigt werden.



Öffnungszeiten:
Mo.-Fr. 8.30 - 18.30 Uhr
Sa. 8.30 - 13.30 Uhr

Lauterbacher Straße 1, 35274 Kirchhain, Tel.: 0 64 22/8 97 70

BLICKPUNKT: EINFÜHRUNG DES DIGITALFUNKS IM LANDKREIS

22 Stationen sollen Funkkontakt sichern

Im Januar 2013 finden für Feuerwehrleute die ersten Schulungen an den neuen Geräten statt

Nach Jahren der Vorbereitung hält 2013 der Digitalfunk bei den Rettungskräften im Landkreis Einzug. Die Feuerwehrspitze erwartet durch den neuen Funk deutliche Verbesserungen.

Fortsetzung von Seite 1
von Götz Schaub

Marburg. Obwohl das Land Hessen die freiwilligen Feuerwehren der einzelnen Kommunen bei der Erstausrüstung mit Digitalfunk jeweils mit einem 30-prozentigen Zuschuss unterstützt, werden doch die Haushalte deutlich belastet. Einziger Trost für die Bürgermeister in ihrer Funktion als Kämmerer ihrer Kommune: Die Ausgaben kamen nicht aus heiterem Himmel, sie konnten kalkuliert werden.

„Der Bedarf an Funkgeräten wurde seit 2008 ermittelt und die Warenkörbe seither aktuell gehalten“, sagt Kreisbrandinspektor Lars Schäfer. Er sieht auf die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren im nächsten Jahr sehr viel Arbeit zukommen. „Wir haben ungefähr 2 200 Sprechfunkberechtigte, die Minimum acht Stunden an den Geräten geschult werden müssen“, so Schäfer. Die erste offizielle Schulung ist für Ende Januar vorgesehen. Falls jedoch ausreichend Ausbilder schon vorher Termine anbieten können, könne es auch schon etwas früher beginnen. Damit die Funkgeräte überhaupt einen „Piep“ machen, müssen sie mit einer Sicherheitskarte ausgestattet sein. Diese werden im Landkreis noch in diesem Monat zur Verteilung erwartet. Schäfer geht davon aus, dass das gesamte nächste Jahr Testphase sein wird. „Das bedeutet, dass wir neben dem neuen Funk auch den bisherigen analogen Funk betreiben werden. Zur flächendeckenden Arbeit mit Digitalfunk sind im Landkreis 22 Stationen geplant. „21 von ihnen sind fix und fertig geplant, 17 sind bereits gebaut, zehn sind betriebsbereit“, informiert Dr. Markus Morr, Sprecher des Landkreises auf OP-Anfrage. Und weiter: „Wir hoffen, dass wir noch in diesem Jahr den Ring geschlossen bekommen.“

Im Zuge der Baugenehmigung-



Atenschutzgeräteträger der Feuerwehr löschen in einer Scheune Heu. Dichter Qualm und das eingeschränkte Sichtfeld der Einsatzkräfte erschweren die Arbeit. Zur Koordination und zur eigenen Sicherheit dient dort eine gute Funkverbindung. Foto: Lutz Benseler

gen sind alle Kommunen mit eingebunden worden. Allein die genauen Standorte der Stationen möchte der Kreis aus Sicherheitsgründen nicht öffentlich machen. So sieht das übrigens auch

das hessische Innenministerium, die eigens für die Einführung die Projektgruppe „Digitalfunk BOS Hessen“ eingerichtet hat. „Diese neue Technik dient mittelbar auch den Bürgern, indem sie ei-

ne schnelle und verlässliche Hilfeleistung im Notfall ermöglicht. Insofern muss das BOS-Digitalfunknetz als ein Netz für die Kommunikation der Sicherheitsbehörden im Interesse des

Allgemeinwohls besonders geschützt werden“, sagt Mark Kohlbecher, Sprecher des Ministeriums auf OP-Anfrage. Unter diesen Voraussetzungen war es den Kommunen natürlich auch nicht möglich, die Standorte öffentlich diskutieren zu lassen.

Schäfer geht davon aus, dass der Digitalfunk im Landkreis Marburg-Biedenkopf Verbesserungen in vielen Bereichen bringt. „Im Gegensatz zum analogen Funk blendet der Digitalfunk sämtliche Nebengeräusche einfach aus. Das bedeutet eine hohe Sprechqualität, die gut verstanden wird.“ Zudem könne über die Nutzung des Digitalfunks bei den Einsätzen vor Ort „taktisch mehr geleistet werden“. Und was ganz wichtig ist, der Digitalfunk erhöht auch die Sicherheit der Einsatzkräfte. „Die Endgeräte können so ausgestattet sein, dass sie automatisch nach vorgegebener Zeit einen Alarmton aussenden, wenn zum Beispiel ein Atemschutzträger in einem Gebäude umgekippt ist und selbst Hilfe benötigt.“

„Durch den Alarm wissen wir sofort, wer in Not geraten ist und wo er eingesetzt war. Das verkürzt die Suche“, sagt Schäfer.

HINTERGRUND: BOS DIGITALFUNK UND TETRA TECHNIK

Die Abkürzung **BOS** steht für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben. Darunter fallen unter anderem Feuerwehr, Rettungsdienste und Polizei. Das deutsche BOS Digitalfunknetz wird mit 500 000 Nutzern, die parallel kommunizieren können, das weltweit größte seiner Art sein. Technisch basiert der Digitalfunk BOS auf dem TETRA-Standard. **TETRA** steht für Terrestrial Trunked Radio.

Der TETRA-Standard wurde für die besonderen Anforderungen der BOS entwickelt. Die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) erklärt wie die Informationen übertragen werden. Dies geschieht vom End-

gerät zur Basisstation oder umgekehrt mit Hilfe von Funkwellen niedriger Sendeleistung. Diese Wellen werden durch Hindernisse und geografische Begebenheiten beeinflusst.

Die Intensität nimmt mit zunehmender Entfernung zwischen Endgerät und Basis stark ab. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass Basisstationen auch innerhalb von Ortschaften errichtet werden. Die BDBOS weist darauf hin, dass beim Aufbau des Digitalfunknetzes „alle gesetzlichen Regelungen zum Schutz von Personen vor elektromagnetischen Feldern beachtet werden“.

In Deutschland sind die Grenzwerte in der 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes fest-

gelegt. Alle Basisstationen, die mit mehr als zehn Watt EIRP (steht für äquivalente Strahlungsleistung) senden, benötigen eine Genehmigung von der Bundesnetzagentur. Dies gilt auch für die Basisstandorte des BOS Digitalfunknetzes.

TETRA-Netze sind ganz deutlich die Zukunft in Europa. Elf Staaten, darunter Großbritannien, Schweden, Belgien, Niederlande und Dänemark verfügen bereits über ein landesweites Netz.

Neben Deutschland bauen derzeit sieben weitere Staaten ein TETRA-Netz auf. Darunter befindet sich auch Österreich. Somit können in Grenzgebieten Rettungskräfte der betroffenen Länder leicht miteinander kommunizieren.

TETRA-Kritiker: „Grenzwerte schützen nicht“

Ist der Digitalfunk eine verlässliche Hilfeleistung im Notfall oder eine Gesundheitsgefahr für die Nutzer?

Dass die Standorte des neuen Digitalfunks in Deutschland geheim bleiben, führen Kritiker weniger auf die Sicherheit zurück als darauf, dass Bürger nicht informiert werden sollen.

von Götz Schaub

Marburg. Der Verein Bürgerwelle, Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektromog, macht in zahlreichen Publikationen auf sein Anliegen aufmerksam: Elektromog kann krank machen und zerstört die Natur. Unterstützt wird der Verein, der nach eigenen Angaben 1 700 Initiativen in Deutschland betreut und auch Ableger in Österreich, Italien und in der Schweiz hat, von Experten und Wissenschaftlern, die andere Maßstäbe anlegen als die offiziellen Behörden. Während eine ganze Reihe von

Wissenschaftlern sich noch keine abschließende Meinung über Langzeitfolgen gebildet haben, weil ihnen aus ihrer Sicht für seriöse Aussagen ausreichendes Datenmaterial und Erfahrungswerte fehlen, gibt es natürlich auch welche, die ihre Meinung positiv wie negativ gefällt haben und darum bemüht sind, ihre Ergebnisse mit immer neuen Erkenntnissen zu untermauern. Eine Annäherung der Positionen ist dabei nicht in Sicht, weil jene, die der Auffassung sind, dass die Grenzwerte schädlich sind, davon nicht abweichen wie auch jene, die das Gegenteil behaupten. „Im Ergebnis der bislang durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchungen gibt es keinen Hinweis darauf, dass sich die bei TETRA verwendeten Funkwellen bei Einhaltung gesetzlich vorgegebener oder empfohlener Grenzwerte nachteilig auf die Gesundheit auswirken“, sagt Mark Kohlbecher, Sprecher des hessischen Innenministeriums auf Anfrage der OP. Die Bundesanstalt für

den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) sagt über sich, dass sie „die Besorgnisse der Bevölkerung gegenüber Funkanlagen ernst“ nehmen. Durch das Bereitstellen umfassender Informationen über die elektromagnetische Umweltverträglichkeit des Digitalfunks BOS gehe man aber davon aus, die Sorgen zu nehmen. Die Kritiker werden da nur mit den Köpfen schütteln. Das Fa-

zit der Bürgerwelle fällt anders aus. „Die Grenzwerte schützen nicht.“ Die Mehrzahl der wissenschaftlichen Studien im Bereich gepulster Hochfrequenz hat negative biologische Auswirkungen gefunden“, heißt es in einer Informationsbrochure. Die TETRA-Technik ist aus gesundheitlicher Sicht für die Bediensteten von Katastrophenschutzbehörden, Landespolizeien, Bundespolizei, THW, Feuerwehr, Rettungsdiensten, Ordnungsämtern als Nutzer und für die zwangsbestrahlte Bevölkerung abzulehnen.“ Der Verein untermauert das Fazit mit Erfahrungsbeispielen aus jenen Ländern, die mit TETRA Funk arbeiten. Doch bleibt es meist bei Beobachtungen: So heißt es aus dem englischen Littlehampton in der Nähe von Brighton gelegen: Am Tag der Inbetriebnahme einer TETRA-Sendestation in 150 Metern Entfernung von zwei Schulen mussten elf Kinder wegen Kopfschmerzen, Übelkeit und Nasenbluten nach Hause geschickt werden.



STANDPUNKT
von Götz Schaub

Alles eine Sache der Überzeugung

Wer den Digitalfunk einführt, weiß ihn auch glänzend zu verteidigen. Wer ihn ablehnt, sucht sich ebenfalls alle Argumente, die gegen ihn sprechen. Die gesunde Mitte, die uns Bürgern weiterhelfen könnte, gibt es wie so oft nicht. So werden wir wohl je nach persönlicher Überzeugung urteilen. Nur eins ist sicher: Wenn sich die negativen Einwirkungen einmal als unumstößliche Wahrheit entpuppten sollten, sitzen wir alle im selben Boot. Und egal wer rudert und steuert, es wird dann alle treffen. In ganz Europa. Nicht auszudenken.

Notdienste: Empörung über Schließung

von Heiko Krause

Cappel. Große Einigkeit herrschte bei der Kreistagssitzung am Freitag über alle Fraktionsgrenzen, dass Pläne der Kasenärztlichen Vereinigung (KV) Hessen, nur noch einen zentralen ärztlichen Notdienst in Marburg für den Landkreis Marburg-Biedenkopf aufrechtzuerhalten, nicht hingenommen werden sollen. Ein gemeinsamer Beschluss kam trotzdem nicht zustande.

Wie diese Zeitung berichtete, steht die Schließung der Notdienste in Stadtallendorf, Biedenkopf und Gladenbach im Raum. Erster Kreisbeigeordneter Karsten McGovern (Grüne) berichtete, dass es im Januar eine Informationsveranstaltung mit einem Vertreter der KV geben werde. Bis dahin würden sicher keine Beschlüsse gefasst.

Die SPD hatte einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, laut dem der Kreistag „die Pläne der KV zur Neustrukturierung der Notfallversorgung [...] mit großer Empörung zur Kenntnis genommen hat“. Vielmehr solle die Planung aufgegeben und eine flächendeckende Versorgung von Notfallpatienten durch dezentrale Anlaufstellen erhalten werden.

Inge Dörr (SPD) verwies darauf, dass es durch den demografischen Wandel zukünftig immer mehr alte Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt seien, geben werde. Die geplante Zentralisierung passe auch keinesfalls zur Gesundheitsregion Marburg-Biedenkopf.

Gleichermaßen zornig und besorgt

„Ich war zunächst gleichermaßen zornig und besorgt“, sagte Manfred Vollmer (CDU) dazu. Der ehemalige Bürgermeister erinnerte daran, dass in Stadtallendorf erst vor zwei Jahren die neuen Räumlichkeiten eingeweiht worden seien. Auch er sei der Meinung, dass gerade an Wochenenden und nachts, wenn der öffentliche Personennahverkehr nicht zur Verfügung stehe, Probleme vorprogrammiert seien. Vollmer warb für einen Alternativenantrag der Koalition, dieser sehe vor, mit der KV ins Gespräch zu gehen, um Möglichkeiten zu erörtern, wie die Notdienste erhalten werden können.

Reiner Nau (Grüne) sagte, dass es jetzt schon Probleme gebe, die bestehenden Notdienste aus den Dörfern zu erreichen. „Wir brauchen neue Ideen“ und es sei falsch jetzt „mit dem Hammer drauf zu schlagen“. Pirat Jens Fricke vertrat dagegen die Ansicht, dass angesichts immer mehr Schließungen, wie der Geburtshilfe in Biedenkopf „der Aufschrei nur heute kommen kann“. SPD-Mann Joachim Ciliox kritisierte, dass ärztliche Versorgung zu stark unter wirtschaftlichen Aspekten gesehen werde. Nach dem Willen der KV soll ein Notdienst von mindestens 50 Medizinern getragen werden. Das werde aber nur im Hinterland unterschritten, so McGovern. Daher sei er auch der Auffassung gewesen, dass allenfalls Gladenbach und Biedenkopf zusammengelegt würden. Den SPD-Antrag unterstützten nur die anderen Oppositionsparteien, sodass das Koalitionspapier beschlossen wurde. Laut ihm sollen KV und Ärzteschaft „eine ausgewogene Lösung zur Sicherstellung der Versorgung und der künftigen Attraktivität von Niederlassungen im ländlichen Raum“ finden. Gemäß der Beschlussvorlage hält der Kreistag aber in jedem Fall eine gute Notdienstversorgung in allen Kreisteilen für unbedingt erforderlich.